3

Geschichte und Gegenwart

Deutschlands Weg zu einer freiheitlichen Demokratie und einem funktionierenden parlamentarischen System führte über viele historische Brüche: über die Kleinstaaterei der frühen Neuzeit, das Scheitern der Märzrevolution und der Weimarer Republik bis zum „Sprung aus der Geschichte“ durch den Nationalsozialismus.

Einheit und Freiheit, seit dem 19. Jahrhundert zentrale Begriffe, bewegten die Deutschen auch während der Teilung nach dem Zweiten Weltkrieg. Erst mit der Wiedervereinigung 1990 wurde die „deutsche Frage“ gelöst.

Friedliche Revolution: Am 9. November 1989 fällt die Berliner Mauer, das Symbol der deutschen Teilung

Abschied von der deutschen Frage – Rückblick auf einen langen Weg nach Westen

Von Heinrich August Winkler

184 Jahre ist sie alt geworden, die deutsche Frage. Sie entstand, als sich am 6. August 1806 der letzte Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, Franz II., einem Ultimatum Napoleons beugte, die Reichskrone niederlegte, die Reichsstände von ihren Pflichten entband und damit das „Alte Reich" auflöste. Gelöst wurde die deutsche Frage, als am 3. Oktober 1990 unter Zustimmung der ehemaligen vier Besatzungsmächte die Deutsche Demokratische Republik (DDR) der Bundesrepublik Deutschland beitrat. Die historische Bedeutung der **Wiedervereinigung** beschrieb beim Staatsakt in der Berliner Philharmonie Bundespräsident Richard von Weizsäcker mit einem Satz, der es verdient, in die Geschichtsbücher einzugehen: „Der Tag ist gekommen, an dem zum ersten Mal in der Geschichte das ganze Deutschland seinen dauerhaften Platz im Kreis der westlichen Demokratien findet."

Eine deutsche Frage hat es zwischen 1806 und 1990 nicht ununterbrochen gegeben. Niemand wäre auf den Gedanken gekommen, während der Zeit des deutschen Kaiserreiches, zwischen 1871 und 1918, von einer offenen deutschen Frage zu sprechen. Unstrittig ist, dass die deutsche Frage spätestens am 8. und 9. Mai 1945 wieder aufgeworfen wurde, als das Deutsche Reich vor den Siegern des Zweiten Weltkriegs bedingungslos kapitulierte. Die Teilung Deutschlands in zwei Staaten war eine vorläufige Antwort auf die deutsche Frage. Die endgültige Antwort war der Zusammenschluss der beiden Staaten, verbunden mit der völkerrecht-

Wiedervereinigung
Mit dem friedlichen Umsturz in der DDR 1989 rückte die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten näher. Im Sommer 1990 begannen in Berlin die Beratungen über den Einigungsvertrag. Am 3. Oktober 1990 trat die DDR auf Grundlage des Artikels 23 des Grundgesetzes dem Geltungsbereich der Bundesrepublik Deutschland bei. Am 2. Dezember 1990 fand die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl statt.

Heiliges Römisches Reich
Die Bezeichnung für das Reich, das sich von 962 an mit der Kaiserkrönung Ottos I. aus dem Ostfränkischen Reich herausbildete – seit 1512 offiziell „Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation" genannt –, drückte zum einen den Herrschaftsanspruch in der Nachfolge des antiken „Imperium Romanum" aus, zum anderen sollte die sakrale Rolle des Kaisertums herausgestellt werden. Das „Reich" bestand mehr als acht Jahrhunderte, bis der Habsburger Franz II. im Jahr 1806 kurz nach der Bildung des Rheinbundes auf Verlangen Napoleons die Kaiserkrone niederlegte.

Deutscher Bund
Der lose Zusammenschluss der souveränen deutschen Staaten und freien Städte wurde 1815 auf dem Wiener Kongress gebildet. Dem Bund gehörten zunächst 41, am Schluss 33 Mitglieder an. Zweck der Konföderation war vor allem die innere und äußere Sicherheit all ihrer Mitglieder. Der Bund hatte nur ein einziges Organ: die Bundesversammlung mit Sitz in Frankfurt am Main. Der sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts verschärfende österreichisch-preußische Gegensatz führte zum Ende des Deutschen Bundes. 1866 wurde er aufgelöst.

lichen Anerkennung der Grenzen von 1945. Seit dem 3. Oktober 1990 steht unverrückbar fest, wo Deutschland liegt, was dazu gehört und was nicht.

1830–1848: Vormärz und Paulskirchenbewegung

Für die Deutschen hatte die deutsche Frage immer zwei Seiten: Sie war eine Frage des Gebiets und eine Frage der Verfassung, genauer gesagt: des Verhältnisses von Einheit und Freiheit. Im Mittelpunkt der Gebietsfrage stand das Problem „großdeutsch" oder „kleindeutsch". Wenn es gelang, an die Stelle des **Heiligen Römischen Reiches** einen deutschen Nationalstaat zu setzen, musste dieser das deutschsprachige Österreich einschließen, oder ließ sich eine Lösung der deutschen Frage ohne diese Gebiete vorstellen? Die Verfassungsfrage betraf vor allem die Machtverteilung zwischen Volk und Thron. Wer sollte in einem einigen Deutschland das Sagen haben: die gewählten Vertreter der Deutschen oder die Fürsten beziehungsweise deren mächtigster?

Um Einheit und Freiheit ging es erstmals in den Befreiungskriegen gegen Napoleon. Der Kaiser der Franzosen wurde geschlagen, aber die Beseitigung der Fremdherrschaft brachte den Deutschen weder ein einheitliches Deutschland noch freiheitliche Verhältnisse in den Staaten des **Deutschen Bundes**, der 1815 an die Stelle des Alten Reiches trat. Aber dauerhaft unterdrücken ließ sich der Ruf nach Einheit und Freiheit nun nicht mehr. Er wurde zu Beginn der 1830er Jahre wieder laut, nachdem die Franzosen sich in der Julirevolution von 1830 eine bürgerlich-liberale Monarchie erkämpft hatten. Und wenn sich auch in Deutschland die alten Gewalten abermals durchsetzen konnten, so gaben doch die Liberalen und Demokraten fortan keine Ruhe mehr. Im März 1848 brach, angestoßen durch das französische Beispiel vom Februar, auch in Deutschland die Revolution aus: Einheit und Freiheit war erneut die Forderung der Kräfte, die sich auf der Seite des historischen Fortschritts wussten. Aus Deutschland einen Nationalstaat und gleichzeitig einen Verfassungsstaat zu machen: das war ein ehrgeizigeres Ziel als jenes, das sich die französischen Revolutionäre von 1789 gesetzt hatten. Denn die fanden einen wenn auch vormodernen Nationalstaat bereits vor, den sie auf eine völlig neue, eine bürgerliche Grundlage stellen wollten. Wer Einheit und Freiheit für die Deutschen forderte, musste vorab klären, was zu Deutschland gehören sollte. Dass ein deutscher Nationalstaat den deutschsprachigen Teil der Habsburgermonarchie umfassen musste, war im ersten frei gewählten Parlament, der Nationalversammlung in der **Frankfurter Paulskirche**, zunächst unumstritten. Erst seit dem Herbst 1848 setzte sich bei der Mehrheit der Abgeordneten die Einsicht durch, dass es nicht in ihrer Macht lag, das Vielvölkerreich an der Donau auseinanderzusprengen. Da sich ein großdeutscher Nationalstaat mit Österreich also nicht herbeizwingen ließ, war nur ein kleindeutscher Nationalstaat ohne Österreich möglich, und das hieß nach Lage der Dinge: ein Reich unter einem preußischen Erbkaiser.

Der deutsche Staat, an dessen Spitze nach dem Willen der Frankfurter Nationalversammlung Friedrich Wilhelm IV. von Preußen treten sollte, wäre ein freiheitlicher Verfassungsstaat mit einem starken, die Regierung kontrollierenden Parlament gewesen. Der König von Preußen hätte als Deutscher Kaiser auf sein Gottesgnadentum verzichten und sich als Vollzugsorgan des souveränen Volkswillens verstehen müssen: ein Ansinnen, das der Monarch aus dem Haus der Hohenzollern am 28. April 1849 endgültig zurückwies. Damit war die Revolution gescheitert: Sie hatte den Deutschen weder die Einheit noch die Freiheit gebracht. Was bei den bürgerlichen Liberalen zurückblieb, war ein Gefühl politischen Versagens: Sie hatten, so erschien es rückblickend, im „tollen Jahr" vielen Illusionen nachgejagt und waren von den Realitäten der Macht eines Besseren belehrt worden.

„Realpolitik" stieg nicht zufällig einige Jahre nach der Revolution von 1848 zum politischen Schlagwort auf: Die internationale Karriere dieses Begriffs begann mit einer Schrift des liberalen Publizisten Ludwig August von Rochau, die dieser 1853 unter dem Titel „Grundsätze der Realpolitik.

Das „Hambacher Fest", 1832: Höhepunkt der bürgerlichen Opposition des „Vormärz"

Paulskirche 1848
Die deutsche „Märzrevolution" zwischen März 1848 und Sommer 1849 war eine bürgerlich-demokratische und nationale Erhebung, wie sie zugleich in weiten Teilen Europas stattfand. Sie war ein erster Versuch, einen freien, demokratischen und einheitlichen deutschen Nationalstaat zu schaffen. Die „Deutsche Revolution" erzwang die Berufung liberaler Regierungen und Wahlen zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung, die in der Paulskirche in Frankfurt am Main zusammentrat. Bis zum Juli 1849 wurde die Bewegung von den Truppen der deutschen Fürsten gewaltsam niedergeschlagen und die alten Verhältnisse weitgehend wiederhergestellt.

Otto von Bismarck (1815–1898)
Die Einigung Deutschlands unter der Vormachtstellung Preußens war das erklärte Ziel des Staatsmannes Otto von Bismarck, den König Wilhelm I. 1862 zum Ministerpräsidenten Preußens berufen hatte. Nach dem Krieg 1866 gegen Österreich wurde der Deutsche Bund aufgelöst und der Norddeutsche Bund gegründet, dem sich 17 deutsche Kleinstaaten unter Führung Preußens anschlossen. Der Sieg über Frankreich 1870/71 führte zur Gründung des zweiten Deutschen Reichs und zur Kaiserproklamation Wilhelms I. in Versailles. Bismarck blieb Ministerpräsident und wurde zugleich Reichskanzler. Der Reichstag wurde als gewählte Volksvertretung – mit eingeschränkten Rechten – neu geschaffen. Bismarck bekämpfte erbittert den Linksliberalismus, den politischen Katholizismus und die Sozialdemokratie, sorgte aber in den 1880er Jahren auch für die fortschrittlichste Sozialgesetzgebung in Europa. Schwere Konflikte mit dem seit 1888 regierenden Kaiser Wilhelm II. führten 1890 zur Entlassung des „Eisernen Kanzlers".

Der „Eiserne Kanzler": Otto von Bismarck prägte über knapp drei Jahrzehnte die Politik

Angewendet auf die staatlichen Zustände Deutschlands" herausbrachte. Der Sache nach hatte sich freilich die Paulskirche durchaus schon in „Realpolitik" geübt, als sie das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker – der Polen im preußischen Großherzogtum Posen, der Dänen in Nordschleswig, der Italiener in „Welschtirol" – ignorierte und die Grenzen des künftigen Deutschen Reiches dort zu ziehen beschloss, wo es das vermeintliche nationale Interesse Deutschlands gebot. Damit war der Einheit erstmals ein höherer Rang zuerkannt worden als der Freiheit. Noch war es die Freiheit anderer Nationen, die hinter dem Ziel der deutschen Einheit zurückzustehen hatte.

1871: Die Reichsgründung

In den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts aber fiel die Entscheidung für den Vorrang der Einheit vor der Freiheit auch in Deutschland. Das war das Ergebnis jener „Revolution von oben", mit der der preußische Ministerpräsident **Otto von Bismarck** die deutsche Frage auf seine Weise löste. Die innenpolitische Machtfrage entschied er durch den preußischen Verfassungskonflikt der Jahre 1862 bis 1866 zugunsten der Exekutive und gegen das Parlament; die außenpolitische Machtfrage wurde durch den Krieg von 1866 im kleindeutschen Sinn, also unter Ausschluss Österreichs, und im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 gegen die Macht beantwortet, die bis dahin ein Veto gegen die Errichtung eines deutschen Nationalstaats eingelegt hatte: das Frankreich Napoleons III.

Ein Ziel der Revolution von 1848 war damit erreicht: das der Einheit. Die Forderung nach Freiheit aber, sofern man darunter vor allem eine dem Parlament verantwortliche Regierung verstand, blieb unerfüllt. Die Freiheitsfrage hätte Bismarck selbst dann nicht im Sinne der Liberalen lösen können, wenn das seine Absicht gewesen wäre: Eine Parlamentarisierung widersprach nicht nur elementar den Interessen der Trägerschichten des alten Preußen – seiner Dynastie, seines Heeres, seiner Rittergutsbesitzer, seines hohen Beamtentums. Sie widersprach auch den Interessen der anderen deutschen Staaten, obenan Bayern, Sachsen, Württemberg. Ihnen stand in Gestalt des Bundesrates ein wesentlicher Anteil an der Exekutivgewalt im Deutschen Reich zu, und diese Macht wollten sie nicht zugunsten des Reichstags aufgeben.

Der Reichstag wurde aufgrund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für Männer gewählt, die das 25. Lebensjahr vollendet hatten. Das entsprach den Bestimmungen der niemals in Kraft getretenen Reichsverfassung von 1849 und gab den Deutschen mehr demokratische Rechte, als sie damals die Bürger liberaler Mustermonarchien wie Großbritannien oder Belgien genossen. Man kann infolgedessen von einer Teildemokratisierung Deutschlands im 19. Jahrhundert oder, bezogen auf die Gesamtdauer des Kaiserreiches, von einer ungleichzeitigen Demokratisierung sprechen: Das Wahlrecht wurde vergleichsweise früh, das Regierungssystem im engeren Sinn spät demokratisiert.

1914–1918: Der Erste Weltkrieg

Erst im Oktober 1918, als es an der militärischen Niederlage Deutschlands im **Ersten Weltkrieg** keinen Zweifel mehr gab, erfolgte die entscheidende Verfassungsänderung, die den Reichskanzler vom Vertrauen des Reichstags abhängig machte. Die Parlamentarisierung sollte die siegreichen westlichen Demokratien einem milden Frieden geneigt machen und einer Revolution von unten zuvorkommen. Beide Ziele wurden nicht erreicht, aber den Gegnern der Demokratie war es fortan ein Leichtes, das parlamentarische System als „westlich" und „undeutsch" zu denunzieren.

Die Revolution von unten brach im November 1918 aus, weil die Oktoberreform ein Stück Papier blieb: Das Militär war zu großen Teilen nicht bereit, sich der politischen Führung durch die parlamentarisch verantwortliche Reichsleitung zu unterstellen. Zu den großen oder klassischen Revolutionen der Weltgeschichte kann man die deutsche von 1918/19 aber nicht rechnen: Für einen radikalen politi-

Vor der „Schlacht um Verdun", 1916: Über 700 000 Deutsche und Franzosen verloren ihr Leben

Erster Weltkrieg
Der Erste Weltkrieg (1914–1918) wurde zunächst zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn auf der einen und den Entente-Mächten Frankreich, Großbritannien, Russland und Serbien auf der anderen Seite ausgetragen. In seinem Verlauf traten weitere Staaten in Europa, Asien, Afrika und Amerika in den Krieg ein, darunter 1917 die USA, deren Kriegseintritt entscheidend werden sollte. Der Krieg forderte fast 15 Millionen Menschenleben. Dem militärischen Zusammenbruch des Deutschen Reiches folgte die politische Umwälzung: Als Folge der Revolution im November 1918 unterzeichnete Kaiser Wilhelm II. die Abdankungserklärung. Die Monarchie wich der Republik.

Weimarer Republik
Am 9. November 1918 rief der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann die Republik aus. Benannt wurde sie später nach der Stadt Weimar, wo die verfassunggebende Nationalversammlung tagte. Während der Weimarer Republik (1919–1933) war das Deutsche Reich – wie das Land weiterhin hieß – ein demokratischer Bundesstaat, eine Mischform aus präsidentiellem und parlamentarischem Regierungssystem. Auch dieser zweite Versuch, eine liberale Demokratie nach westlichem Muster in Deutschland zu etablieren, scheiterte. Innerlich zerrissen endete sie mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten, die in eine totalitäre Diktatur führte.

schen und gesellschaftlichen Umbruch nach Art der Französischen Revolution von 1789 oder der russischen Oktoberrevolution von 1917 war Deutschland um 1918 bereits zu „modern". In einem Land, das auf der nationalen Ebene seit rund einem halben Jahrhundert das allgemeine gleiche Wahlrecht für Männer kannte, konnte es nicht um die Einrichtung einer revolutionären Erziehungsdiktatur, sondern nur um mehr Demokratie gehen. Das hieß konkret: Einführung des Frauenwahlrechts, Demokratisierung des Wahlrechts in den Einzelstaaten, Kreisen und Gemeinden, volle Durchsetzung des Prinzips parlamentarisch verantwortlicher Regierungen.

1919–1933: Die Weimarer Republik

Die Kontinuität zwischen dem Kaiserreich und der **Weimarer Republik**, wie sie aus dem Sturz der Monarchie im November 1918 und den Wahlen zur verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung im Januar 1919 hervorging, war in der Tat beträchtlich. In gewisser Weise lebte sogar die Institution des Monarchen in veränderter Form fort: Das Amt des vom Volk gewählten Reichspräsidenten war mit so starken Befugnissen ausgestattet, dass schon Zeitgenossen von einem „Kaiserersatz" oder einem „Ersatzkaiser" sprachen.

Streiterin für die Arbeiterbewegung: Rosa Luxemburg wurde 1919 während der Revolutionswirren in Berlin ermordet

Auch moralisch gab es keinen Bruch mit dem Kaiserreich. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Kriegsschuldfrage fand nicht statt, obwohl (oder weil) die deutschen Akten eine klare Sprache sprachen: Die Reichsleitung hatte nach der Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers in Sarajevo am 28. Juni 1914 die internationale Krise bewusst zugespitzt und trug damit die Hauptverantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Die Folge der fehlenden Kriegsschulddiskussion war eine deutsche Kriegsunschuldlegende. Zusammen mit der Dolchstoßlegende (der zufolge der Verrat in der Heimat zur Niederlage Deutschlands geführt hatte) trug sie dazu bei, die Legitimität der ersten deutschen Demokratie zu untergraben.

Tanz auf dem Vulkan: Der Maler Otto Dix hielt das mondäne Leben in Berlin fest („Großstadt", 1927)

Der Friedensvertrag von Versailles, den Deutschland am 28. Juni 1919 unterzeichnen musste, wurde von fast allen Deutschen als schreiendes Unrecht empfunden. Das lag an den Gebietsabtretungen, vor allem an denen zugunsten des neu entstandenen Polen, an den materiellen Belastungen in Form der Reparationen, dem Verlust der Kolonien und den militärischen Beschränkungen, die allesamt mit der Kriegsschuld des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten begründet wurden. Als ungerecht galt auch, dass Österreich die Vereinigung mit Deutschland untersagt wurde. Nachdem mit dem Untergang der Habsburgermonarchie das Haupthindernis für die Verwirklichung der großdeutschen Lösung entfallen war, hatten sich die Revolutionsregierungen in Wien und **Berlin** für den sofortigen Zusammenschluss der beiden deutschsprachigen Republiken ausgesprochen. Der Popularität dieser Forderung konnten sie sich in beiden Ländern gewiss sein.

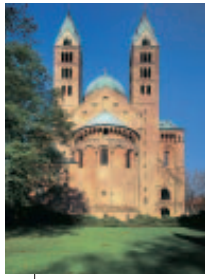
Die Anschlussverbote in den Friedensverträgen von Versailles und Saint-Germain vermochten das Wiedererstarken des großdeutschen Gedankens nicht zu verhindern. Er verband sich mit einer Renaissance der alten Reichsidee: Gerade weil Deutschland militärisch geschlagen war und an den Folgen der Niederlage litt, war es empfänglich für die Lockungen, die von einer verklärten Vergangenheit ausgingen. Das Heilige Römische Reich des Mittelalters war kein

Berlin der „Goldenen Zwanziger"
Die Phase wirtschaftlicher Aufwärtsentwicklung und politischer Beruhigung führte von 1924–1929 zu einer kurzen intensiven Blütezeit, die am ausgeprägtesten in der Reichshauptstadt Berlin zu spüren war. Die Metropole entwickelte sich zu einem der kulturellen und wissenschaftlichen Mittelpunkte Europas. Technischer Fortschritt und künstlerische Experimentierfreudigkeit in Architektur, Theater, Literatur und Film beflügelten das Lebensgefühl. Mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 zeichnete sich das Ende der „Goldenen Zwanziger" und der Niedergang der Weimarer Republik ab.

Deutsche Geschichte

Vom frühen Mittelalter über das Zeitalter der Glaubensspaltung und die Katastrophen des 20. Jahrhunderts bis zur Wiedervereinigung: Etappen deutscher Geschichte

962
Otto I., der Große
Mit der Kaiserkrönung Ottos beginnt die Geschichte des „Heiligen Römischen Reichs"



1024–1125/1138–1268
Salier und Staufer
Die Dynastien der Salier, Erbauer des **Doms zu Speyer**, und Staufer prägen die Geschicke Europas

1452–1454
Buchdruck
Der Erfinder des Buchdrucks mit beweglichen Lettern, **Johannes Gutenberg** (um 1400–1468), druckt in Mainz erstmals die Bibel in einer Auflage von etwa 180 Exemplaren

1493
Aufstieg des Hauses Habsburg
Mit der Regentschaft **Maximilians I.** beginnt der Aufstieg des Hauses Habsburg. Es war jahrhundertelang eines der dominierenden Adelsgeschlechter in Mitteleuropa und stellte die meisten Kaiser und Könige des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und von 1504–1700 die Könige von Spanien

1618–1648
Dreißigjähriger Krieg
Zugleich Religionskrieg und Staatenkonflikt endet der Dreißigjährige Krieg mit dem Westfälischen Frieden: Die katholische, lutherische und reformierte Konfession werden als gleichberechtigt anerkannt

1740–1786
Friedrich der Große
Während der Regierungszeit Friedrichs II., Schöngeist und Feldherr, steigt Preußen zur europäischen Großmacht auf. Seine Herrschaft gilt als exemplarisch für das Zeitalter des „aufgeklärten Absolutismus"

1803
Säkularisierung
Die Säkularisation geistlicher Herrschaften und Auflösung freier Reichstädte durch den Reichsdeputationshauptschluss leiten das Ende des „Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation" ein

1848/49
Märzrevolution
Ihren Anfang nimmt die „Deutsche Revolution" im Großherzogtum Baden. In kurzer Zeit greift sie auf die übrigen Staaten des Deutschen Bundes über und führt zur ersten deutschen Nationalversammlung, die in der **Frankfurter Paulskirche** tagt

800 900 1000 1100 1200 1300 1400 1500 1600 1700 1800 1900

8. Jh. | 9. Jh. | 10. Jh. | 11. Jh. | 12. Jh. | 13. Jh. | 14. Jh. | 15. Jh. | 16. Jh. | 17. Jh. | 18. Jh. | 19. Jh. | 20. Jh.

800
Karl der Große
Der Herrscher des Fränkischen Reiches wird von Papst Leo III. zum Römischen Kaiser gekrönt. Später wird der Karolinger, der 814 in Aachen stirbt, zum „Vater Europas" erklärt

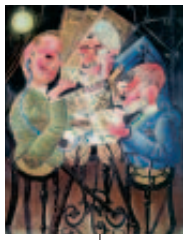
1179
Hildegard von Bingen
Die Äbtissin und Heilkundige, eine der bedeutendsten Frauen des deutschen Mittelalters, stirbt 81-jährig bei Bingen am Rhein

1517
Glaubensspaltung
Das Zeitalter der Reformation beginnt, als **Martin Luther** (1483–1546) in Wittenberg seine 95 Thesen gegen das Ablasswesen in der katholischen Kirche öffentlich macht

1871
Reichsgründung
Am 18. Januar wird noch während des Deutsch-Französischen Krieges **Wilhelm I.** in **Versailles** zum Deutschen Kaiser proklamiert. Das (zweite) Deutsche Reich ist eine konstitutionelle Monarchie. Kurz nach der Reichsgründung kam es zum Wirtschaftsaufschwung, den so genannten Gründerjahren

Deutsche Geschichte

1914–1918
Erster Weltkrieg
Kaiser Wilhelm II. isoliert das Land außenpolitisch und führt es in die Katastrophe des Ersten Weltkrieges, der fast 15 Millionen Menschenleben fordert. Im Juni 1919 wird der Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet



1939
Beginn des Zweiten Weltkrieges
Hitler entfesselt am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg. Er kostet 60 Millionen Menschen das Leben und verwüstet weite Teile Europas und Ostasiens. Der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik fallen sechs Millionen Juden zum Opfer

1948
Berlin-Blockade
Die Einführung der D-Mark in den westlichen Besatzungszonen nimmt die Sowjetunion zum Anlass, am 24. Juni 1948 die Zufahrtswege nach West-Berlin zu sperren. Die Alliierten antworten mit einer „Luftbrücke", über die bis September 1949 die Bevölkerung in West-Berlin versorgt wird

1945
Ende des Zweiten Weltkrieges
Mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 7./9. Mai 1945 endet der Zweite Weltkrieg in Europa. Die Siegermächte teilen das Land in vier Besatzungszonen und Berlin in vier Sektoren

1957
Römische Verträge
Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den sechs Ländern, die in Rom die Gründungsverträge der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unterzeichnen

1963
Elysée-Vertrag
Der Deutsch-Französische Freundschaftsvertrag wird von Bundeskanzler **Konrad Adenauer** (rechts) und vom französischen Staatspräsidenten **Charles de Gaulle** unterzeichnet

1972
Kniefall in Warschau
Die Geste von Bundeskanzler **Willy Brandt** (SPD) am Mahnmal für die Opfer des jüdischen Gettoaufstands in Warschau wird Symbol für die Bitte Deutschlands um Versöhnung

1990
Wiedervereinigung Deutschlands
Am 3. Oktober endet die Existenz der DDR. Die staatliche Einheit Deutschlands ist wiederhergestellt. Am 2. Dezember 1990 findet die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl statt, **Helmut Kohl** (CDU) wird erster Bundeskanzler des wiedervereinten Deutschlands

1910 1920 1930 1940 1950 1960 1970 1980 1990 2000 2010

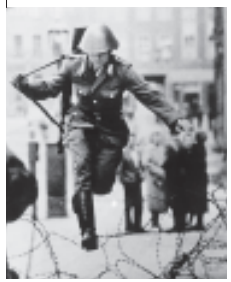
20. Jh. 21. Jh.

1918/19
Weimarer Republik
Am 9. November 1918 dankt Kaiser Wilhelm II. ab, der Sozialdemokrat **Philipp Scheidemann** ruft die Republik aus. Am 19. Januar 1919 finden Wahlen zur Nationalversammlung statt

1933
Nationalsozialismus
Die NSDAP wird bei den Reichstagswahlen 1932 stärkste Partei, am 30. Januar 1933 wird **Adolf Hitler** Reichskanzler. Mit dem „Ermächtigungsgesetz" beginnt die NS-Diktatur

1949
Gründung der Bundesrepublik Deutschland
Am 23. Mai 1949 wird das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in Bonn verkündet. Am 14. August finden die ersten Bundestagswahlen statt. **Konrad Adenauer** (CDU) wird Bundeskanzler. Am 7. Oktober 1949 vollzieht sich die Trennung zwischen Ost und West mit der Inkraftsetzung der Verfassung der DDR

1961
Mauerbau
Die DDR schottet sich am 13. August 1961 mit dem Mauerbau mitten durch Berlin und einem „Todesstreifen" entlang der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten ab



1989
Mauerfall
Die friedliche Revolution der DDR bringt in der Nacht des 9. Novembers die Mauer in Berlin und damit die Grenze zwischen Ost- und Westdeutschland zu Fall

2004
EU-Erweiterung
Nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem Sturz des Kommunismus treten im Mai acht weitere Länder Mittel- und Osteuropas sowie Zypern und Malta der EU bei

Nationalsozialismus
Der Nationalsozialismus ist entstanden aus einer völkisch-antisemitischen, nationalistischen Bewegung, die sich von 1920 an in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) organisierte. Die Hauptmerkmale der nationalsozialistischen Ideologie sind Rassismus, insbesondere Antisemitismus und die Propagierung einer arischen Herrenrasse, Sozialdarwinismus mit der Rechtfertigung von Euthanasie und Eugenik, Totalitarismus und die Ablehnung von Demokratie, die „Ausrichtung des Volkes" im Sinne des Führerprinzips, Militarismus, Chauvinismus und die Ideologie einer biologisch begründeten „Volksgemeinschaft", der als „Lebensraumpolitik" verbrämte Imperialismus sowie die propagandistische Inszenierung zur Herstellung einer Massenbasis.

Erinnerungskultur: Soldaten der Bundeswehr gedenken der Opfer der Hitlerdiktatur

Nationalstaat, sondern ein übernationales Gebilde mit universalem Anspruch gewesen. Auf dieses Erbe beriefen sich nach 1918 vor allem Kräfte auf der politischen Rechten, die Deutschland eine neue Sendung zuschrieben: Es sollte in Europa als Ordnungsmacht im Kampf gegen westliche Demokratie und östlichen Bolschewismus voranschreiten.

Als parlamentarische Demokratie ist die Weimarer Demokratie nur elf Jahre alt geworden. Ende März 1930 zerbrach die letzte, von dem Sozialdemokraten Hermann Müller geführte Mehrheitsregierung an einem Streit um die Sanierung der Arbeitslosenversicherung. An die Stelle der bisherigen Großen Koalition trat ein bürgerliches Minderheitskabinett unter dem katholischen Zentrumspolitiker Heinrich Brüning, das seit dem Sommer 1930 mit Hilfe von Notverordnungen des Reichspräsidenten, des greisen Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg, regierte. Nachdem bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 Adolf Hitlers **Nationalsozialisten** (NSDAP) zur zweitstärksten Partei aufgestiegen waren, ging die Sozialdemokratie (SPD), die immer noch stärkste Partei, dazu über, das Kabinett Brüning zu tolerieren. Auf diese Weise sollte ein weiterer Rechtsruck im Reich verhindert und die Demokratie im größten Einzelstaat, in Preußen, gewahrt werden, wo die SPD zusammen mit dem katholischen Zentrum, der Partei Brünings, und den bürgerlichen Demokraten regierte.

Der Reichstag hatte seit dem Übergang zum präsidialen Notverordnungssystem als Gesetzgebungsorgan weniger zu sagen als in der konstitutionellen Monarchie des Kaiserreichs. Die Entparlamentarisierung bedeutete eine weitgehende Ausschaltung der Wähler, und ebendies gab antiparlamentarischen Kräften von rechts und links Auftrieb. Am meisten profitierten davon die Nationalsozialisten. Seit die Sozialdemokraten Brüning stützten, konnte Hitler seine Bewegung als die einzige volkstümliche Alternative zu allen Spielarten des „Marxismus", der bolschewistischen wie der reformistischen, präsentieren. Er war nun in der Lage, an beides zu appellieren: an das verbreitete Ressentiment gegenüber der parlamentarischen Demokratie, die ja inzwischen tatsächlich gescheitert war, und an den seit Bismarcks Zeiten verbrieften Teilhabeanspruch des Volkes in Gestalt des allgemeinen gleichen Wahlrechts, das von den drei Präsidialregierungen – Brüning, Papen und Schleicher in den frühen dreißiger Jahren – um seine politische Wirkung gebracht wurde. Hitler wurde so zum Hauptnutznießer der ungleichzeitigen Demokratisierung Deutschlands: der frühen Einführung eines demokratischen Wahlrechts und der späten Parlamentarisierung des Regierungssystems.

1933–1945: Die Zeit des Nationalsozialismus

Hitler ist nicht im Gefolge eines großen Wahlsieges an die Macht gelangt, aber er wäre nicht Reichskanzler geworden, hätte er im Januar 1933 nicht an der Spitze der stärksten Partei gestanden. Bei den letzten Reichstagswahlen der Weimarer Republik, am 6. November 1932, hatten die Nationalsozialisten gegenüber der Wahl vom 31. Juli 1932 zwei Millionen Stimmen verloren, während die Kommunisten 600 000 Stimmen hinzugewannen und die magische Zahl von 100 Reichstagsmandaten erreichten. Der Erfolg der Kommunisten (KPD) schürte die Angst vor dem Bürgerkrieg, und diese Angst wurde zu Hitlers mächtigstem Verbündeten, vor allem bei den konservativen Machteliten. Ihrer Fürsprache bei Hindenburg verdankte er es, dass ihn der Reichspräsident am 30. Januar 1933 als Reichskanzler an die Spitze eines überwiegend konservativen Kabinetts berief.

Um sich während der zwölf Jahre des **Dritten Reiches** an der Macht zu behaupten, reichte Terror gegen alle Andersdenkenden nicht aus. Hitler gewann die Unterstützung großer Teile der Arbeiterschaft, weil er, vorwiegend mit Hilfe der Rüstungskonjunktur, die Massenarbeitslosigkeit binnen weniger Jahre beseitigen konnte. Er behielt diese Unterstützung auch während des Zweiten Weltkrieges, weil es ihm dank der rücksichtslosen Ausbeutung der Arbeitskräfte und Ressourcen der besetzten Gebiete möglich war, den Massen der Deutschen soziale Härten nach Art des Ersten Weltkrieges zu ersparen. Die großen außenpoliti-

Drittes Reich
Als so genanntes „Drittes Reich" werden die zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft von 1933 bis 1945 bezeichnet. Sie begann mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 und endete mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 7. Mai 1945. Das „Dritte Reich" ist Synonym für die hemmungslose Propaganda rassistischer und antisemitischer Ideologie, die Gleichschaltung politischer und gesellschaftlicher Organisationen, die ideologische Durchdringung des öffentlichen Lebens, den Terror gegen Juden und Andersdenkende, für euphorische Massenunterstützung und industrialisierte Massenmorde, Expansionsgelüste sowie die Anzettelung des Zweiten Weltkrieges.

60 Jahre Kriegsende: Als erster Bundeskanzler nahm Gerhard Schröder (links) im Mai 2005 an den Feierlichkeiten zum Ende des Zweiten Weltkriegs in Moskau teil

Zentrale Gedenkstätte: Im Mai 2005 wurde das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin eröffnet

Holocaust
Als Holocaust wird die systematische, bürokratisch durchorganisierte und industriell perfektionierte Ermordung von sechs Millionen europäischen Juden bezeichnet. Opfer wurden auch Sinti und Roma, Homosexuelle und andere von den Nazis als „unerwünscht" oder als „lebensunwert" erachtete Menschen. In einem unvorstellbaren Vernichtungsprogramm wurden die Menschen in Todesfabriken und Konzentrationslagern ausgebeutet, gequält, gedemütigt und ermordet. Dem Morden vorausgegangen waren die propagandistische Durchsetzung einer rassistischen und antisemitischen Ideologie, die fortschreitende Entrechtung der Juden, ihre Enteignung und Gettoisierung. An der Umsetzung des Holocaust wirkten direkt oder indirekt nicht nur sämtliche Staatsorgane mit, sondern auch die Eliten des Militärs, der Industrie, der Banken, der Wissenschaft und der Medizin.

schen Erfolge der Vorkriegsjahre, obenan die Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes im März 1936 und der „Anschluss" Österreichs im März 1938, ließen Hitlers Popularität in allen Bevölkerungsschichten auf Rekordhöhen ansteigen. Der Mythos vom Reich und seiner historischen Sendung, dessen sich Hitler virtuos zu bedienen wusste, wirkte vor allem bei den gebildeten Deutschen. Der charismatische „Führer" brauchte ihre Mithilfe, wenn er Deutschland dauerhaft zur europäischen Ordnungsmacht machen wollte, und sie brauchten ihn, weil niemand außer ihm in der Lage schien, den Traum vom großen Reich der Deutschen Wirklichkeit werden zu lassen.

Seine Judenfeindschaft hatte Hitler in den Wahlkämpfen der frühen dreißiger Jahre nicht verleugnet, aber auch nicht in den Vordergrund gerückt. In der heftig umworbenen Arbeiterschaft wären mit entsprechenden Parolen auch nicht viele Stimmen zu gewinnen gewesen. In den gebildeten und besitzenden Schichten, bei kleinen Gewerbetreibenden und Bauern waren antijüdische Vorurteile weit verbreitet, ein „Radau-Antisemitismus" jedoch verpönt. Die Entrechtung der deutschen Juden durch die Nürnberger Rassengesetze vom September 1935 stieß, weil die Gesetzesform gewahrt blieb, auf keinen Widerspruch. Die gewaltsamen Ausschreitungen der so genannten „Reichskristallnacht" vom 9. November 1938 waren unpopulär, die

„Arisierung" von jüdischem Eigentum, eine gewaltige, bis heute nachwirkende Umverteilung von Vermögen, hingegen durchaus nicht. Über den **Holocaust**, die systematische Vernichtung der europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg, wurde mehr bekannt, als dem Regime lieb war. Aber zum Wissen gehört auch das Wissenwollen, und daran fehlte es, was das Schicksal der Juden betrifft, im Deutschland des „Dritten Reiches".

Der Untergang von Hitlers Großdeutschem Reich im Mai 1945 bedeutet in der deutschen Geschichte eine viel tiefere Zäsur als der Untergang des Kaiserreiches im November 1918. Das Reich als solches blieb nach dem Ersten Weltkrieg erhalten. Nach der bedingungslosen Kapitulation am Ende des **Zweiten Weltkriegs** ging mit der Regierungsgewalt auch die Entscheidung über die Zukunft Deutschlands an die vier Besatzungsmächte, die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich, über. Anders als 1918 wurde 1945 die politische und militärische Führung entmachtet und, soweit ihre Vertreter noch lebten, vor Gericht, das Internationale Militärtribunal in Nürnberg (Nürnberger Prozesse), gestellt. Die ostelbischen Rittergutsbesitzer, die mehr als jede andere Machtelite zur Zerstörung der Weimarer Republik und zur Machtübertragung an Hitler beigetragen hatten, verloren Grund und Boden – zum einen durch die Abtrennung der Ostgebiete jenseits von Oder und Görlitzer Neiße und ihre Unterstellung unter polnische beziehungsweise, im Falle des nördlichen Ostpreußen, sowjetische Verwaltung, zum anderen durch die „Bodenreform" in der Sowjetischen Besatzungszone.

Kriegsunschuld- und Dolchstoßlegenden fanden nach 1945, im Gegensatz zur Zeit nach 1918, kaum Widerhall. Zu offenkundig war, dass das nationalsozialistische Deutschland den Zweiten Weltkrieg entfesselt hatte und nur von außen, durch die überlegene Macht der Alliierten, niedergeworfen werden konnte. Im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg hatte die deutsche Propaganda die demokratischen Westmächte als imperialistische Plutokratien, die eigene Ordnung aber als Ausdruck höchster sozialer Gerech-

Zweiter Weltkrieg
Am 1. September 1939 um 4.45 Uhr überfiel Hitler ohne Kriegserklärung das Nachbarland Polen. Großbritannien und Frankreich erklärten daraufhin Deutschland den Krieg. Der Zweite Weltkrieg hatte begonnen und sollte 60 Millionen Menschen das Leben kosten. Die meisten Opfer – etwa 25 Millionen Tote – hatte die Sowjetunion zu beklagen. Das Scheitern der Blitzkriegsstrategie vor Moskau und der Kriegseintritt der USA brachten das Ende der gnadenlosen Expansionspolitik Deutschlands und seiner Verbündeten. Am 7. Mai 1945 ließ Hitlers Nachfolger Karl Dönitz im alliierten Hauptquartier in Reims (Frankreich) die bedingungslose deutsche Gesamtkapitulation durch den Chef des Wehrmachtführungsstabes, Generaloberst Alfred Jodl, unterzeichnen.

Nürnberger Prozesse: Die Verfahren gegen die NS-Kriegsverbrecher begannen im November 1945

Grundgesetz
Das Grundgesetz ist die rechtliche und politische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Ursprünglich war es bis zur Schaffung einer gesamtdeutschen Verfassung als Übergangslösung und Provisorium gedacht. Mit dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 wurde es zur gesamtdeutschen Verfassung. Das Grundgesetz steht für die demokratische Erfolgsgeschichte Deutschlands nach der Herrschaft des Nationalsozialismus und gilt als Glücksfall der deutschen Geschichte.

DDR
Die Deutsche Demokratische Republik wurde 1949 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und dem Ostsektor Berlins gegründet und bestand bis zum 2. Oktober 1990. Sie war Teil des unter der Hegemonie der Sowjetunion stehenden Ostblocks. Beim Volksaufstand von 1953 kam es landesweit zu Demonstrationen, die mit Hilfe der DDR-Volkspolizei vom sowjetischen Militär gewaltsam niedergeschlagen wurden.

17. Juni 1953: In über 400 Orten wurde gegen die DDR-Führung demonstriert

tigkeit dargestellt. Nach 1945 wären neuerliche Angriffe auf die westliche Demokratie aberwitzig gewesen: Der Preis, den man für die Verachtung der politischen Ideen des Westens bezahlt hatte, war zu hoch, als dass ein Rückgriff auf die Parolen der Vergangenheit Erfolg versprochen hätte.

1949–1990: Die „Zweistaatlichkeit" Deutschlands

Eine zweite Chance in Sachen Demokratie erhielt nach 1945 nur ein Teil Deutschlands: der westliche. Vertreter der frei gewählten Länderparlamente der amerikanischen, der britischen und der französischen Besatzungszone arbeiteten 1948/49 im Parlamentarischen Rat in Bonn eine Verfassung aus, die systematische Konsequenzen aus den Konstruktionsfehlern der Reichsverfassung von 1919 und dem Scheitern der Weimarer Republik zog: das **Grundgesetz** für die Bundesrepublik Deutschland. Die zweite deutsche Demokratie sollte eine funktionstüchtige parlamentarische Demokratie mit einem starken, nur durch ein „konstruktives Misstrauensvotum", also die Wahl eines Nachfolgers, stürzbaren Bundeskanzler und einen kompetenzarmen Bundespräsidenten sein. Eine konkurrierende Gesetzgebung durch das Volk war, anders als in Weimar, nicht vorgesehen. Offenen Gegnern der Demokratie sagte das Grundgesetz vorsorglich einen Kampf bis hin zur Verwirkung der Grundrechte und zum Verbot verfassungsfeindlicher Parteien durch das Bundesverfassungsgericht an. Die Grundlagen des Staates wurden so festgeschrieben, dass sie dem Willen auch einer verfassungsändernden Mehrheit entzogen waren, eine „legale" Beseitigung der Demokratie wie 1933 also unmöglich war.

Während der Westen Deutschlands „antitotalitäre" Lehren aus der jüngsten deutschen Vergangenheit zog, musste sich der Osten, die Sowjetische Besatzungszone und spätere **DDR**, mit „antifaschistischen" Folgerungen begnügen. Sie dienten der Legitimierung einer Parteidiktatur marxistisch-leninistischer Prägung. Der Bruch mit den Grundlagen der nationalsozialistischen Herrschaft sollte vor allem auf klassenpolitischem Weg, durch Enteignung von Großgrundbesitzern und Industriellen, vollzogen werden. Einstige „Mitläufer" des Nationalsozialismus konnten sich dagegen beim „Aufbau des Sozialismus" bewähren. Frühere „Parteigenossen" der NSDAP, die nach Abschluss der „Entnazifizierung" in führende Positionen gelangten, gab es auch in der DDR. Ihre Zahl war jedoch geringer und ihre Fälle waren weniger spektakulär als in der Bundesrepublik.

Von einer „Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik" würde man rückblickend wohl kaum sprechen können, wenn es nicht das **„Wirtschaftswunder"** der fünfziger und sechziger Jahre, die längste Boomperiode des 20. Jahrhunderts, gegeben hätte. Die Hochkonjunktur verschaffte der von Ludwig Erhard, dem ersten Bundeswirtschaftsminister, durchgesetzten Sozialen Marktwirtschaft die Legitimation durch Erfolg. Sie erlaubte die rasche Eingliederung der fast acht Millionen Heimatvertriebenen aus den früheren Ostgebieten des Deutschen Reiches, dem Sudetengebiet und anderen Teilen Ostmittel- und Südosteuropas. Sie trug entscheidend dazu bei, dass Klassen- und Konfessionsgegensätze abgeschliffen wurden, dass die Anziehungskraft radikaler Parteien beschränkt blieb und die großen demokratischen Parteien, erst die Christlich Demokratische (CDU) und die Christlich Soziale Union (CSU), dann die Sozialdemokratie (SPD), sich in Volksparteien verwandelten. Die Prosperität hatte freilich auch ihre politische und moralische Kehrseite: Sie erleichterte es vielen Bundesbürgern, sich bohrende Fragen nach der eigenen Rolle in den Jahren 1933 bis 1945 weder selbst zu stellen noch von anderen stellen zu lassen. „Kommunikatives Beschweigen" hat der Philosoph Hermann Lübbe diesen Umgang mit der jüngsten Vergangenheit genannt (und als für die Stabilisierung der westdeutschen Demokratie notwendig bewertet).

In der Weimarer Republik war die Rechte nationalistisch und die Linke internationalistisch gewesen. In der Bundesrepublik war es anders: Die Kräfte der rechten Mitte unter dem ersten Bundeskanzler **Konrad Adenauer** standen für eine Politik der Westbindung und der supranationalen Inte-

Symbol auf Rädern: Der VW-Käfer stand für den Aufschwung der fünfziger Jahre

Wirtschaftswunder
Mit dem Begriff „Wirtschaftswunder" wird der schnelle wirtschaftliche Wiederaufbau der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg bezeichnet. Die Voraussetzungen dafür waren der Neuaufbau der Produktionsstätten nach neuestem technischen Stand, die Einführung der D-Mark sowie die massive finanzielle Unterstützung durch den „Marshall-Plan" der US-Amerikaner. Bis zum Ende der fünfziger Jahre entwickelte sich Deutschland zu einer der führenden Wirtschaftsnationen.

Konrad Adenauer (1876–1967)
Der Christdemokrat war der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Von 1949 bis 1963 war er Regierungschef. Mit einer konsequenten Politik der Westorientierung ermöglichte er die Integration Deutschlands in die internationale Staatengemeinschaft, die NATO und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Zu seinen Leistungen gehören auch die Aussöhnung mit Frankreich und seine Bemühungen um eine Versöhnung mit Israel.

Willy Brandt (1913–1992)
Der Sozialdemokrat war von 1969 bis 1974 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Für seine Ostpolitik, die auf Entspannung und Ausgleich mit den osteuropäischen Staaten gerichtet war („Politik der kleinen Schritte"), erhielt Brandt 1971 den Friedensnobelpreis. Seine Entspannungspolitik war ein Beitrag zum Zustandekommen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE).

gration Westeuropas; die gemäßigte Linke, die Sozialdemokratie unter ihrem ersten Nachkriegsvorsitzenden Kurt Schumacher und seinem Nachfolger Erich Ollenhauer, gab sich ein betont nationales Profil, indem sie der Wiedervereinigung den Vorrang vor der Westintegration zuerkannte. Erst im Jahre 1960 stellte sich die SPD auf den Boden der Westverträge, die 1955 den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO ermöglicht hatten. Die Sozialdemokraten mussten diesen Schritt tun, wenn sie Regierungsverantwortung in der Bundesrepublik übernehmen wollten. Nur auf dem Boden der Westverträge konnten sie 1966 als Juniorpartner in eine Regierung der Großen Koalition eintreten und drei Jahre später unter dem ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler **Willy Brandt** jene „neue Ostpolitik" beginnen, die es der Bundesrepublik erlaubte, einen eigenen Beitrag zur Entspannung zwischen West und Ost zu leisten, das Verhältnis zu Polen durch eine (wenn auch de jure nicht vorbehaltlose) Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze auf eine neue Grundlage zu stellen und ein vertraglich geregeltes Verhältnis zur DDR einzugehen. Auch das 1971 abgeschlossene Vier-Mächte-Abkommen über Berlin, das tatsächlich nur West-Berlin und sein Verhältnis zur Bundesrepublik betraf, wäre ohne die feste Westintegration des größeren der beiden deutschen Staaten unmöglich gewesen.

Die Ostverträge (1970–1973) der sozialliberalen Regierung Brandt-Scheel waren vor allem eines: eine Antwort auf die Verfestigung der deutschen Teilung durch den Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961. Nachdem die Wiedervereinigung in immer weitere Ferne gerückt war, musste es der Bundesrepublik darauf ankommen, die Folgen der Teilung erträglicher zu gestalten und dadurch den Zusammenhalt der Nation zu sichern. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit blieb ein offizielles Staatsziel der Bundesrepublik Deutschland. Aber die Erwartung, dass es jemals wieder einen deutschen Nationalstaat geben würde, ging nach Abschluss der Ostverträge kontinuierlich zurück – bei den jüngeren Westdeutschen sehr viel stärker als bei den älteren.

Träger des Friedensnobelpreises 1971: Willy Brandt

Weltpolitik im Kaukasus: Bundeskanzler Kohl, Kremlchef Gorbatschow und Bundesaußenminister Genscher (von rechts) klärten im Sommer 1990 offene Fragen der Wiedervereinigung

In den achtziger Jahren aber geriet die Nachkriegsordnung allmählich ins Wanken. Die Krise des Ostblocks begann 1980 mit der Gründung der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarnosc" in Polen, gefolgt von der Verhängung des Kriegsrechts Ende 1981. Dreieinhalb Jahre später, im März 1985, kam in der Sowjetunion Michail Gorbatschow an die Macht. Der neue Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion sprach im Januar 1987 die geradezu revolutionäre Erkenntnis aus: „Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen." Diese Botschaft beflügelte die Bürgerrechtler in Polen und Ungarn, in der Tschechoslowakei und in der DDR. Im Herbst 1989 wurde der Druck der Proteste im ostdeutschen Staat so stark, dass das kommunistische Regime allenfalls noch durch eine militärische Intervention der Sowjetunion zu retten gewesen wäre. Dazu aber war Gorbatschow nicht bereit. Die Folge war die Kapitulation der Ost-Berliner Parteiführung vor der **friedlichen Revolution** in der DDR: Am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer – ein Symbol der Unfreiheit, wie es 1789, zwei Jahrhunderte zuvor, die Pariser Bastille gewesen war.

Friedliche Revolution
Mit einer spontanen und gewaltfreien Revolution von unten eroberten sich die Bürger der DDR im Herbst 1989 innerhalb von wenigen Wochen die Macht. Am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer, Wahrzeichen der Teilung Deutschlands und Symbol des Kalten Krieges. Vorausgegangen war dem Mauerfall die Massenflucht von DDR-Bürgern, die über Prag, Warschau und die mittlerweile offene ungarische Grenze zu Österreich ihr Land verließen, sowie Großdemonstrationen, insbesondere in Leipzig, öffentliche Proteste von Prominenten und Bürgerrechtlern und die zunehmenden Forderungen nach Reisefreiheit.

1990: Die Wiedervereinigung

Nach der Öffnung der Mauer 1989 vergingen noch elf Monate bis zur Wiedervereinigung Deutschlands. Sie entsprach dem Willen der Deutschen in beiden deutschen Staaten. In der ersten (und letzten) freien Volkskammerwahl am 18.

Zwei-plus-Vier-Vertrag
Die Bezeichnung steht für die „abschließende Regelung im Bezug auf Deutschland" vom 12. September 1990, die zur außenpolitischen Absicherung der deutschen Einheit zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs (Frankreich, Großbritannien, Sowjetunion, USA) in Moskau geschlossen wurde. Durch den Vertrag wurde die volle Souveränität Deutschlands wieder hergestellt. Die deutschen Außengrenzen wurden unter Verzicht auf deutsche Gebietsansprüche als endgültig anerkannt.

März 1990 stimmten die Ostdeutschen mit großer Mehrheit für die Parteien, die einen raschen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik forderten. Dieser wurde im Sommer 1990, wie zuvor schon die deutsch-deutsche Währungsunion, zwischen beiden deutschen Staaten vertraglich ausgehandelt. Parallel dazu verständigten sich die Bundesrepublik und die DDR mit den vier Mächten, die Verantwortung für Berlin und Deutschland als Ganzes trugen, also den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich, im **Zwei-plus-Vier-Vertrag** über die außen- und sicherheitspolitischen Bedingungen der deutschen Einheit.

Die deutsche Frage wurde 1990 gelöst im Sinne der alten Forderung „Einheit in Freiheit". Sie konnte nur im Einvernehmen mit allen Nachbarn gelöst werden, und das heißt auch: nur zeitgleich mit der Lösung eines anderen Jahrhundertproblems, der polnischen Frage. Die endgültige, völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der polnischen Westgrenze an Oder und Neiße war eine Voraussetzung der Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen von 1945.

Das wiedervereinigte Deutschland ist seinem Selbstverständnis nach keine „postnationale Demokratie unter Nationalstaaten", wie 1976 der Politikwissenschaftler Karl Dietrich Bracher die „alte" Bundesrepublik genannt hatte, sondern ein postklassischer demokratischer Nationalstaat unter anderen – fest eingebunden in den supranationalen Staatenverbund der Europäischen Union (EU), in dem Teile der nationalen Souveränität gemeinsam mit anderen Mitgliedstaaten ausgeübt werden. Von dem ersten deutschen Nationalstaat trennt den zweiten vieles – nämlich alles, was das Bismarckreich zu einem Militär- und Obrigkeitsstaat gemacht hat. Doch es gibt auch Kontinuitäten zwischen dem ersten und dem zweiten Nationalstaat. Als Rechts- und Verfassungsstaat, als Bundes- und Sozialstaat steht das wiedervereinigte Deutschland in Traditionen, die weit ins 19. Jahrhundert zurückreichen. Dasselbe gilt vom allgemeinen gleichen Wahlrecht und der Parlamentskultur, die sich schon im Reichstag des Kaiserreichs entwickelt hatte. Unübersehbar ist auch eine räumliche Kontinuität: Der Zwei-plus-Vier-Vertrag, die völkerrechtliche Gründungsurkunde des wiedervereinigten Deutschland, hat die kleindeutsche Lösung, die getrennte Staatlichkeit für Deutschland und Österreich, nochmals festgeschrieben.

Die deutsche Frage ist seit 1990 gelöst, aber die europäische Frage ist nach wie vor offen. Die EU umfasst seit dem 1. Mai 2004 acht ostmitteleuropäische Staaten, die bis zur Epochenwende von 1989/91 kommunistisch regiert wurden. Es sind allesamt Staaten, die zum alten Okzident gehören – geprägt durch eine weithin gemeinsame Rechtstradition, durch die frühe Trennung von geistlicher und weltlicher wie von fürstlicher und ständischer Gewalt, aber auch durch die Erfahrung der mörderischen Folgen von religiöser und nationaler Verfeindung und Rassenhass. Das Zusammenwachsen der getrennten Teile Europas erfordert Zeit. Es wird nur gelingen, wenn die Vertiefung der europäischen Einigung mit der Erweiterung der Union Schritt hält. Vertiefung verlangt mehr als institutionelle Reformen. Sie macht gemeinsames Nachdenken über die europäische Geschichte und die Folgerungen notwendig, die sich aus ihr ergeben. Die Folgerung, die alle anderen überragt, ist die Einsicht in die Allgemeinverbindlichkeit der westlichen Werte, an ihrer Spitze der unveräußerlichen Menschenrechte. Es sind die Werte, die Europa und Amerika gemeinsam hervorgebracht haben, zu denen sie sich bekennen und an denen sie sich jederzeit messen lassen müssen. ●

Große Sammlung: Das Deutsche Historische Museum, Berlin, besitzt rund 700000 Objekte zur deutschen Geschichte

Heinrich August Winkler
Der Historiker, seit 1991 Professor für Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität Berlin, ist einer der führenden deutschen Geschichtswissenschaftler. Mit seinem Werk „Der lange Weg nach Westen" hat er sich internationales Renommee erworben.

Das Thema im Internet

www.dhm.de
Das Deutsche Historische Museum in Berlin gibt Einblicke in die Geschichte (Deutsch, Englisch). Interessant auch das „Lebendige Museum Online" www.dhm.de/lemo (Deutsch)

www.hdg.de
Das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland informiert über Zeitgeschichte, auch in virtuellen Ausstellungen (Deutsch, Englisch, Französisch)

www.wege-der-erinnerung.de
Gemeinsames europäisches Webprojekt zu den Kriegen und Konflikten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Niederländisch, Spanisch)

www.holocaust-mahnmal.de
Die Gedenkstätte für die ermordeten Juden Europas im Netz (Deutsch, Englisch)

www.historikerverband.de
Die Seite des Verbands der Historiker und Historikerinnen Deutschlands, des größten historischen Fachverbandes in Europa (Deutsch)